

14.52

Abgeordnete Petra Steger (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Eines ist wohl mittlerweile wirklich jedem bewusst, da helfen die ganzen Schönrede- und Beschwichtigungsversuche, die wir heute schon gehört haben, nichts: Ja, wir haben unzählige Probleme in unserem Bildungssystem, und nein, diese Gesetzesvorlage wird diese Probleme mit Sicherheit nicht lösen können.

Die Verpflichtung, dass Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren im Bildungssystem verharren müssen, unter sonstiger Strafzahlung für die Eltern übrigens, geht an allen Problemen – wie zum Beispiel einer schlechten Ausbildung oder hoher Jugendarbeitslosigkeit – vollkommen vorbei. Wir haben in Österreich die Situation, dass jeder fünfte 15-Jährige nach dem Pflichtschulabschluss nicht sinnerfassend lesen und schreiben oder grundlegende mathematische Aufgaben lösen kann. Da bringt es nichts, wenn man die Jugendlichen mit Zwang dazu verpflichtet, einfach noch zwei bis drei Jahre länger in diesem System abzusitzen. Das ist der falsche Ansatz!

Was wir brauchen, ist eine Qualitätssteigerung. Wir brauchen ein Bildungssystem, das in der Lage ist, diese grundlegenden Fähigkeiten bis zum Pflichtschulabschluss auch tatsächlich zu vermitteln. Doch seit Jahren wird unser Bildungssystem durch ideologische Experimente und die Umstellung zu einem sozialistischen bildungspolitischen Einheitsbrei – auch Gesamtschule genannt – zerstört. Seit Jahren gibt es einen Abfall des Bildungsniveaus. Was wird jetzt gemacht? – Anstatt zuzugeben, dass Ihr bildungspolitischer Ansatz einfach nicht funktioniert, reden Sie das schön und verpflichten die Schüler, ein bis zwei Jahre länger im Bildungssystem zu verharren.

Meine Kollegin hat es vorhin schon angesprochen: Was wollen Sie eigentlich machen, wenn die jungen Leute mit 18 Jahren, wenn sie aus dem Bildungssystem herausfallen, noch immer nicht lesen und rechnen können oder wenn sie dann zum Beispiel noch immer nicht Deutsch können? (*Zwischenruf der Abg. Moser.*) Wollen Sie es dann verlängern? Wollen Sie es dann auf 20, 21 Jahre oder noch länger ausdehnen? Allein daran muss man schon erkennen, dass dieser Ansatz, einfach zu verlängern, nicht funktionieren kann. (*Weitere Zwischenrufe bei den Grünen.*)

Übrigens ist alleine das Wort Pflicht schon ein völlig falscher Ansatz. Überall hat man in den letzten Jahren wirklich hart dafür gekämpft, dass man junge Menschen früher für mündig erklärt: Mit 16 Jahren dürfen sie wählen, mit 14 Jahren sind sie straffähig, außer es liegen bestimmte Gründe vor, dass sie noch nicht reif genug sind, 14-Jährige

können sich vertraglich zu Dienstleistungen verpflichten, das Wahlalter bei der Betriebsratswahl sollte endlich gesenkt werden, mit 16 Jahren kann man mit der Führerscheinausbildung beginnen, und, und, und.

Überall reden Sie davon, wie reif junge Menschen sind, wie fähig, wie selbständig – und jetzt wollen Sie ihnen diese Selbständigkeit in Form einer Pflicht wieder wegnehmen und sie damit auch für noch nicht reif genug erklären, selbständig zu entscheiden, was sie mit ihrem Leben weiter machen wollen. (*Abg. Königsberger-Ludwig: Geh bitte, das gibt's ja wohl nicht!*) Langsam, werte Kollegen von SPÖ, ÖVP und Grünen, sollten Sie sich entscheiden, ob Sie jetzt die Jugendlichen für reif oder nicht reif erklären. Für uns sind sie es auf jeden Fall. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Außerdem kann man natürlich keine Pflicht vorschreiben, ohne gleichzeitig dafür zu sorgen, dass auch genügend Lehrplätze vorhanden sind. Über Jahre haben SPÖ und ÖVP dafür gesorgt, dass die betriebliche Ausbildung kaputt gemacht wird. Sie haben ein Prämiensystem, das ausgezeichnet funktioniert hat – zum Beispiel den Blum-Bonus –, einfach gestrichen (*Zwischenruf des Abg. Loacker*) und stattdessen den Aufbau der staatlich gelenkten überbetrieblichen Lehrausbildungsstätten, der sogenannten ÜLAs, forciert und sind dabei selbst auch noch mit parteinahen Organisationen Betreiber dieser ÜLAs.

Da komme ich schon zum Kern dieser Gesetzesvorlage: Wer profitiert davon? – Genau diese staatlich gelenkten ÜLAs, die parteinahen Organisationen, die machen dort ein Geschäft mit einem Kursbetrieb, der zwar für sie sehr lukrativ ist, den jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt aber nicht sehr viel bringt. Das ist übrigens auch ein System, das wesentlich teurer und dabei auch noch wesentlich ineffizienter ist. Bekanntlich lernt man schwimmen am besten im Wasser, und dasselbe gilt natürlich auch für die Ausbildung; man lernt also am besten im Unternehmen selbst und nicht in irgendeiner Simulation.

Was anscheinend gerade noch verhindert wurde – Herr Kollege Wöginger, es war zwar kein ganzer Umfaller, aber zumindest ein halber –, ist, dass die Asylwerber mit aufgenommen werden, ich wiederhole: Asylwerber, nicht nur Asylberechtigte, denn das wird auch immer in einen Topf geworfen. Österreich sollte, wenn es nach SPÖ und Grünen geht, nicht nur das Weltsozialamt sein, sondern auch zum Weltausbildungsamt werden.

Der einzige Vorteil, den dieses Gesetz zumindest auf dem Papier bringt – und da gebe ich den Kollegen von den NEOS recht –, ist natürlich eine super Jugendarbeitslosenstatistik in den nächsten Jahren, denn die werden dort nicht mehr

aufscheinen, da sie alle in irgendwelchen Kursen sitzen. Ich gratuliere! Das ist nichts anderes als eine Schönfärberei der Arbeitslosenstatistik.

Zusammengefasst ist dieser Gesetzesvorschlag eine Beschäftigungstherapie, Schönfärberei der Arbeitslosenstatistik und ein Geschäftsmodell für regierungsnahen Institutionen und wird daher von uns mit Sicherheit keine Zustimmung bekommen.

(Beifall bei der FPÖ.)

14.57

Präsident Ing. Norbert Hofer: Herr Dr. Walser, Sie sind als nächster Redner zu Wort gemeldet. Wollen Sie noch beginnen? Wir haben noch 3 Minuten. – Bitte.